

Etat 2023 der Stadt Kaarst

Haushaltsrede der Ka / UWG Fraktion

Fraktionsvorsitzende Anja Rüdiger

15.12.2022

(Es gilt das gesprochene Wort)
(Sperrfrist: 18:00 Uhr)

Verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
meine Damen und Herren aus Verwaltung und Politik,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

nach Jahren der Pandemie und dem am 24. Februar begonnenen Russischen Angriffskrieges in der Ukraine hat sich die Welt gravierend verändert. Angesichts des unendlichen Leides der Menschen in der Ukraine erscheinen die vorrangig finanziellen Probleme, die diese Gegebenheiten mit sich bringen, eher gering. Aber dennoch sind die Auswirkungen für die vielen Bürger der EU, Deutschlands und auch der Kaarster Bürger immens.

Die Verteuerung sämtlicher Waren für den täglichen Bedarf, besonders für Lebensmittel, sowie die exorbitant gestiegenen Energiekosten macht uns allen zu schaffen und zwingt uns zur Sparsamkeit.

Sparsamkeit ist das Wort der Stunde und gilt im besonderen Maße für öffentliche Gelder, somit auch für unseren städtischen Haushalt.

Die Stadt Kaarst verabschiedet aber schon seit Jahren einen defizitären Haushalt. Im Betrachtungszeitraum von 2019 bis 2026 ist mit einem Eigenkapitalverzehr von ca. 29 Mio. Euro zu rechnen. Das entspricht einer Quote von ca. 18%.

Die Schuldenentwicklung ist immens. 2026 wird mit einer Gesamtverschuldung von 117,8 Mio. Euro gerechnet. Das entspricht einer Zinslastquote von mehr als 12%.

Sparsamkeit, das Gebot der Stunde, meine Damen und Herren.

Löblich ist der schon lange überfällige Grundsatzbeschluss dieses Rates im vergangenen Jahr, unser permanentes strukturelles Defizit zu beseitigen und unseren Haushalt in den nächsten 4 Jahren zu konsolidieren.

Leider scheint, wie die Beratungen im Finanzausschuss gezeigt haben, dieser Stadtrat in seiner Mehrheit den Ernst der Lage noch nicht verinnerlicht zu haben.

Zwar hielten sich die Ratskollegen in diesem Jahr mit Forderungen - im Gegensatz zur Vergangenheit - eher zurück, jedoch war man nicht bereit, die in vielen Bereichen

überhöhten Haushaltsansätze zu hinterfragen, zu modifizieren bzw. überprüfen zu lassen.

Selbst Vorschläge der Verwaltung, die von Seiten der Ka/UWG aufgegriffen wurden, wie z.B. eine Überprüfung der Leistungsabnahme bei der ITK, - schlägt mit über 2 Mio. Euro pro Jahr zu Buche -, oder die Ermittlung eines Konsolidierungspotenziales im Bereich sämtlicher Sach- und Dienstleistungen sowie Transfer- und sonstiger Aufwendungen, wurden abgelehnt.

Lobenswert ist zu erwähnen, dass die Verwaltung sich beim Aufstellen des Haushaltes teilweise an Rechnungsergebnissen orientiert, Kalkulationen aufgeschlüsselt und Haushaltsansätze nach Prüfung verringert hat. Denn, den Ansätzen realistische Annahmen und Kalkulationen zugrunde zu legen, ist zumindest eine der Möglichkeiten, die Haushaltssteuerung effizienter und transparenter zu machen. Dabei darf Ausgabedisziplin und Sparwille natürlich nicht vergessen werden.

Doch die Stadtfinanzen laufen immer weiter aus dem Ruder.

Wir sollen heute Abend einen Haushalt verabschieden, der gemäß dem letzten Wirtschaftsausschuss im Ergebnisplan mit einem satten Minus von annähernd 8 Millionen Euro abschließt. D.h. es müssen 8 Mio. Euro zum Ausgleich des Haushaltes, aus der Ausgleichsrücklage entnommen werden.

Glück ist, dass die Stadt Kaarst eine Ausgleichsrücklage, gefüllt durch einmalige Gewerbesteuernachzahlungen einzelner Unternehmen, in Anspruch nehmen kann, die, zumindest gemäß Prognose, erst 2026 aufgebraucht sein wird und somit für die kommenden, umfangreichen Projektplanungen zur Verfügung stehen. Dennoch keine Garantie, da ab 2025 die vom Land bewilligten außerordentlichen Erträge zur Bewältigung der COVID-19-Pandemiebelastung wieder abgeschrieben werden müssen und auch nur schwächere Konjunkturreinbrüche und die mit Sicherheit weiterhin steigende Zinsbelastung auch gefüllte Kassen schnell leeren können.

Daher, wie von Seiten der UWG seit Jahren immer wieder vorgebetet, nur stabile Stadtfinanzen, ohne strukturelles Defizit werden uns in die Lage versetzen die vor uns stehenden großen Aufgaben zum Wohle aller Bürger bewältigen zu können. Wie z.B.:

- der Neubau und die Sanierung von Schulen,
- der Bau weitere Kindertageseinrichtungen,
- die Forcierung der Digitalisierung,
- die Realisierung umfänglicher Maßnahmen für den Klimaschutz,
- die Sanierung des jahrelang vernachlässigten Infrastrukturvermögens,
- das Vorantreiben der Stadtplanung in allen Ortsteilen unter anderem mit Fokus auf geförderten Wohnungsbau,
- die Realisierung von Maßnahmen für eine sukzessive Verkehrswende und noch vieles mehr.

Fakt ist, dass auch in diesem Jahr die stätischen Ausgaben nicht hinreichend auf den Prüfstand gestellt wurden.

Der konsumtive Haushalt ist nach wie vor überfrachtet und auch über die Verschiebung von Maßnahmen in die Folgejahre, wie teilweise von Ka/UWG vorgeschlagen, war von der Mehrheit dieses Rates nicht gewünscht. Der mehrheitlich bereits im vergangenen Jahr beschlossene Ansatz eines globalen Minderaufwandes, also Einsparungen der Verwaltung aus laufenden Geschäftstätigkeiten, von 400.000 Euro ist zwar löblich, allerdings nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Im investiven Bereich schieben wir seit Jahren ein ehrgeiziges Investitionsprogramm vor uns her.

Zur Gesamtfinanzierung müssen im kommenden Jahr Kredite in Höhe von 18,8 Mio. Euro aufgenommen werden, wobei ca. 1,7 Mio. Euro an Zinsen zur Bedienung des Schuldendienstes zu veranschlagen sind.

Dieses immense Investitionsprogramm muss durch den Flaschenhals Personalstruktur und ist mit der vorhandenen Frauen- bzw. Männerpower von unserer Verwaltung einfach nicht zu schaffen. Und das, obwohl wir den Personalschlüssel, nach jahrelanger Personaleinsparpolitik der CDU-Fraktion, erheblich erhöht haben. Die Personalaufwendungen stiegen um ca. 16 %. In diesem Jahr wurden sage und schreibe ca. 47,8 Mio. Euro aus 2021 und Vorjahren an Haushaltsmittel übertragen, Gelder, die zwar veranschlagt wurden, aber nicht ausgegeben werden konnten.

Vorrangig sollte sein, nur noch die Maßnahmen vorzusehen, die auch in einem Jahr realisiert werden können.

Haushaltsreste sollten konsequent gestrichen werden, um die jährliche Verschleppung von Millionenbeträgen zu stoppen.

Übrigens, dieses immense Maßnahmenportfolio, das natürlich auch die im Laufe der Zeit gewachsenen Pflichtaufgaben beinhalten, z.B. im Kinder- und Jugendbereich, im Brandschutz und auch in der Bestandserhaltung, führt immer mehr dazu, Aufgaben fremd zu vergeben. Auch ein Punkt, der unsere Stadtfinanzen erheblich belastet.

Und dann wären da noch die Baumaßnahmen, die finanziell immer wieder aus dem Ruder laufen. In Kaarst, eine Tatsache mit langer Geschichte. Allerdings ist in diesem Punkt, durch die personelle Neuaufstellung und Aufstockung unserer Gebäudewirtschaft Kaarst möglicherweise Hoffnung in Sicht, auch wenn die zurzeit durch Inflation und Krieg enorm gestiegenen Baupreise kaum kalkulierbar waren und sind.

Meine Damen und Herren,

wir sind uns alle einig, dass wir auch unsere Einnahmenseite stabiler aufstellen müssen.

Die Vermarktung unserer Gewerbeflächen hat somit oberste Priorität, wobei der Fokus auf der Ansiedlung steuerstarker Unternehmen liegen muss.

Gewerbesteuerstarke Unternehmen sind aus dem Grunde besonders wichtig, da uns als eine der kleinsten Flächenkommunen in Nordrhein-Westfalen nur ein begrenztes Areal zur Verfügung steht.

Mit Sicherheit sind diese Gegebenheiten ein Grund, warum die Vermarktung nur schleppend voran geht, wobei die intensivierten Bemühungen unserer Verwaltung hier lobend zu erwähnen sind. Wir sind, zumindest planerisch, auf einem guten Weg.

Nicht zu verstehen ist in diesem Zusammenhang, dass die Mehrheit dieses Rates in der nahen Vergangenheit die Veräußerung einer Fläche von ca. 34 ha zum Bau des nordrhein-westfälischen Rechenzentrums beschlossen hat, wohlweislich, dass eine öffentliche Behörde keine Gewerbesteuer zahlen muss. Die Vereinbarung mit dem Bauherren für 8 Jahre eine kleine jährliche Ausgleichszahlung zu leisten, fällt finanziell kaum ins Gewicht. Unternehmen mit einem derart geringen Gewerbesteuerpotential pro m² Fläche hätte in Kaarst keine Chance sich anzusiedeln.

Meine Damen und Herren,

von Seiten der Ka/UWG, wird es keine Zustimmung zu diesem Haushalt geben. Zu einem Haushalt, der in den nächsten Jahren nicht ausgeglichen werden kann, in dem der Eigenkapitalverzehr stetig fortschreitet und in dem der Substanzverlust immer größer wird.

Dem Stellenplan stimmen wir in diesem Jahr zu.

Zum Ende meiner Rede möchte ich noch auf ein besonderes Highlight hinweisen. Nach jahrelangem Kampf hat sich eine politische Mehrheit gefunden, sodass in diesem Jahr endlich ein Jugendparlament etabliert werden konnte. Das Engagement, der Einsatz und das Interesse an politischer Arbeit der Jugendlichen im Wahlprozess war großartig. Hier geht auch ein großes Lob an die Verwaltung, die den Gesamtablauf organisiert hat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Sparsamkeit, das Gebot der kommenden Jahre.